

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 169 – 17. Oktober 2025



Sonderausgabe:

Haushalt 2025/2026

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

der politische Nebel lichtet sich. Knapp ein Jahr nach dem Zusammenbruch der links-gelben Ampel wird endlich wieder regiert. Unmittelbar nach der Regierungsbildung haben wir mit den Verhandlungen zum Haushalt 2025 begonnen. Noch vor der Sommerpause wurde der Entwurf eingebracht und den ganzen Sommer hindurch beraten. Mit der Bereinigungssitzung Anfang September konnten wir den Etat dann abschließen – und damit die Handlungsfähigkeit unseres Staates sichern. Der Haushalt 2025 trägt den neuen Bedrohungen Rechnung. Putins Angriff auf die Ukraine hat den Krieg nach Europa zurückgebracht und hybride Gefahren wie Spionage, Sabotage und Cyberattacken massiv verstärkt. Deshalb muss die Zeitenwende auch für die innere Sicherheit gelten. Hier setzen wir ein klares Signal: Zivil- und Katastrophenschutz werden ausgebaut, Sicherheitsbehörden gestärkt, Cyberabwehr und Digitalfunk

modernisiert, das Technische Hilfswerk (THW) erhält rund 50 Prozent mehr Mittel und das Volumen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wird nahezu verdreifacht.

Doch nach dem Beschluss ist vor dem Beschluss. Kaum ist der Haushalt 2025 verabschiedet, laufen bereits die Beratungen für den Haushalt 2026. Aber so ist das Wesen der Politik: Sie kennt keinen Stillstand, sie verlangt Entscheidungen. Dass der 2025er Haushalt erst so spät verabschiedet werden konnte, lag nicht an der Union, sondern am Zusammenbruch der linken Ampel und den dadurch notwendig gewordenen Neuwahlen. Das Kapitel Ampel ist glücklicherweise abgeschlossen, und jetzt geht es an die Arbeit für den Haushalt 2026 – im regulären Zeitplan und mit klarer Linie. Meine Reden im Bundestag zu beiden Haushalten können Sie sich unter folgenden Links anschauen:

👉 bundestag.de/mediathek/video?videoid=7636284

👉 bundestag.de/mediathek/video?videoid=7635933

Lesen Sie außerdem in dieser Sonderausgabe, wie die unionsgeführte Bundesregierung bereits erste Erfolge bei der Eindämmung illegaler Migration vorweisen kann, wie sich der Einzelplan 06 des Bundesministeriums des Innern, mein Berichterstattungsbereich, entwickelt und was wir mit dem Haushalt 2025 auf den Weg gebracht haben.

HAUSHALT 2025/2026

Was wir im Haushalt 2025 begonnen haben, setzen wir entschlossen fort. Wir machen Ernst mit Haushaltsdisziplin, wir geben Antworten auf Reformbedarf, und wir investieren dort, wo der Staat sichtbar und spürbar handlungsfähig sein muss. Das Motto bleibt: konsolidieren, reformieren, investieren. Für mich ist klar, der Weg zum Haushaltsausgleich führt nicht über neue Belastungen, sondern über klare Kürzungen. Zwei Bereiche müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen.

An erster Stelle stehen die Sozialleistungen. Angesichts der aktuellen Haushaltslage können wir uns einen derart großzügigen Sozialstaat nicht mehr leisten, hier müssen wir spürbar kürzen. Das Bürgergeld wird abgeschafft und durch eine neue Grundsicherung ersetzt. Arbeit muss sich wieder lohnen, wer arbeiten kann und nicht will, darf keine Leistungen erhalten.

An zweiter Stelle steht die illegale Einreise mit all ihren Folgekosten, die so weit wie möglich gegen null gebracht werden muss. Erste entschlossene Schritte des Innenministers zeigen Wirkung, die Asylanträge sind im ersten Halbjahr 2025 um mehr als die Hälfte gesunken. Ordnung und Rechtsdurchsetzung sind das Leitmotiv dieser Migrationspolitik.

In wenigen Monaten hat die unionsgeführte Bundesregierung bereits einen echten Kurswechsel herbeigeführt. Die Asylzahlen sind im August 60 Prozent niedriger als vor einem Jahr, 70 Prozent niedriger als vor zwei Jahren. Deutschland ist nicht mehr Zielland Nummer eins der illegalen Migration. Das ist kein Zufall, sondern die Folge klarer Entscheidungen. Wir haben die Grenzkontrollen verlängert, wir haben die Turboeinbürgerung beendet, wir haben den Familiennachzug für subsidiär Geschützte ausgesetzt und wir schieben Straftäter konsequent ab – auch nach Afghanistan.

Entscheidend ist, dass wir die Pullfaktoren senken. Dazu gehört die Abschiebung von

Schwerstkriminellen, auch nach Afghanistan, keine falschen Versprechen mehr, dass man dauerhaft in Deutschland bleiben kann, wenn kein Schutzgrund vorliegt, und die deutliche Botschaft: Wer unsere Hilfe braucht, bekommt sie, wer unsere Regeln missachtet, hat hier keinen Platz.

Ausblick auf meinen Einzelplan als zuständiger Berichterstatter

Der Regierungsentwurf 2026 sieht für den Einzelplan 06 Ausgaben von rund 15,4 Milliarden Euro vor, davon entfallen rund 9,6 Milliarden Euro auf die innere Sicherheit. Mit diesem Etat legen wir einen echten Sicherheitshaushalt vor. Ein Haushalt, der klare Prioritäten setzt, unsere Polizei stärkt, den Bevölkerungsschutz ausbaut und die Einsatzkräfte mit der Ausstattung versieht, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen.

Für die Bundespolizei stehen rund 5 Milliarden Euro bereit. Damit finanzieren wir moderne Rechenzentren und die Erneuerung der Grenzkontrollsysteme. Hinzu kommen Technik zur Drohnenabwehr, neue Taser sowie Ausrüstung zum Schutz vor chemischen und biologischen Gefahren.

Zivil- und Bevölkerungsschutz bleiben ein Kernstück unserer Sicherheitsarchitektur. Das BBK erhält 610 Millionen Euro. Damit werden Warnsysteme wie Cell Broadcast und NINA ausgebaut, die Sirenensteuerung modernisiert und das Schutzraumkonzept umgesetzt. Hinzu kommen neue Fahrzeuge, medizinische Geräte, Trinkwassernotbrunnen und Notstromgeneratoren.

Auch beim THW haben wir noch einmal deutlich aufgestockt. 2026 stehen 643 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel fließen in das Bauprogramm für die Liegenschaften, in neue Gerätekraftwagen, Brückenbausysteme und moderne Handfunkgeräte. Zugleich werden die Ausbildungskapazitäten erweitert, damit die mehr als 80.000 Ehrenamtlichen bestmöglich vorbereitet sind.

Was wir mit dem Haushalt 2025 auf den Weg gebracht haben

Auch wenn der 2025er Haushalt nur für wenige Monate gilt, handelt es sich um einen wichtigen Meilenstein. Denn erstens wird damit die vorläufige Haushaltsführung 2025 beendet, und zweitens war es genau dieser Haushalt, an dem die Ampel zerbrochen ist. Dass wir uns angesichts der schwierigen sicherheits-, wirtschafts- und finanzpolitischen Lage, in der sich Deutschland weiterhin befindet, mit dem Koalitionspartner einigen konnten, ist keine Selbstverständlichkeit, zeigt aber den deutlichen Willen, Deutschland voranzubringen! Im Folgenden finden Sie einen Auszug der Veränderungen in den Ressorts nach der Ausschussberatung.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

17 Mio. Euro zusätzliche Forschungsförderung für Technologievorhaben der zivilen Luftfahrt, 6,3 Mio. Euro mehr bis 2027 für berufliche Bildung im Mittelstand, 12 Mio. Euro zusätzlich für Fortbildungseinrichtungen der beruflichen Bildung. Bis 2028 sind insgesamt 200 Mio. Euro etatisiert zur Ansiedlung und zum Erhalt der Produktion kritischer Arzneimittel in Deutschland.

Für investive Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Tourismuswirtschaft werden 285.000 Euro eingeplant, die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. erhält knapp 700.000 Euro zusätzlich, für institutionelle Partnerschaften im Ausland mit wirtschaftlichem Schwerpunkt stehen bis 2026 400.000 Euro bereit. Im Handwerk konnten wir die Mittel für die moderne Ausstattung von Ausbildungsstätten und Berufsschulen um 12 Millionen Euro auf nun 50 Millionen Euro erhöhen. Damit unterstützen wir bundesweit rund 600 Einrichtungen. Auch die Duale Ausbildung wird gestärkt: Hier steigen die Mittel um 5,3 Millionen Euro auf insgesamt 75,3 Millionen Euro.

Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Das BMV hat für den Erwerb eines Transportschiffes für die Bundeswasserstraßen zusätzlich 2 Mio. Euro bekommen. Daneben wird der Etat zur Unterstützung der Regionalflughäfen bei den Flugsicherungskosten zusätzliche 20 Mio. Euro ausweisen. Der Bereich der innovativen Verkehrstechnologien ist mit fast 5 Mio. Euro bis zum Jahr 2028 verstärkt worden. Diese Mittel sind insbesondere zur Förderung innovativer Hafentechnologien vorgesehen.

Die Förderung der Traditionsschifffahrt wurde um die Neuzulassung und die technische Anpassung erweitert und um 5 Mio. Euro aufgestockt. Auch die Zuschüsse zu den Kosten deutscher Sozialeinrichtungen für Seeleute in ausländischen Häfen werden bis zum Jahr 2028 um gut 5 Mio. Euro aufwachsen. Zusätzlich erhielt der Etat für die Errichtung der neuen Bundesstiftung „Deutsche Stiftung Maritimes Erbe“ 1 Mio. Euro. Zudem wurden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bis zum Jahr 2028 mehr als 13 Mio. Euro für die Verstärkung der Lotsenausbildung bereitgestellt.

Finanzierung Verkehrsinfrastruktur

Die Koalition hat mit dem Beschluss zum „Sondervermögen Infrastruktur“ den Weg für umfangreiche Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur geebnet. Mit dem Haushaltsentwurf 2026 ist noch nicht ausreichend sichergestellt, dass alle bereits baureifen Straßenneubauprojekte auch umgesetzt werden können. Wir werden das parlamentarische Verfahren nutzen, um hier Anpassungen vorzunehmen.

Wir sind uns in der Koalition einig - alles, was bei Straße und Schiene baureif ist und in den nächsten Jahren baureif wird, muss auch finanziert werden können. Genau das werden wir in den Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen sicherstellen und befinden uns bereits mit Hochdruck in Verhandlungen, damit fertig geplante Projekte auch realisiert werden.

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)

Der Etat BMFTR erhält bis zum Jahr 2028 zusätzlich 1 Mio. Euro für den Aufbau einer Nationalen Kontaktstelle, die bei Angriffen und unsachlichen Konflikten in der Wissenschaftskommunikation Unterstützung anbieten wird. Für die weitere Digitalisierung im Hochschul- und Wissenschaftssystem, insbesondere für den Aufbau des Hochschul- und Weiterbildungsportals, wurden bis zum Jahr 2026 weitere 740.000 Euro eingestellt. Für die Fachkräftegewinnung im Hochschul- und Wissenschaftssystem wurde einmalig ein Selbstbewirtschaftungsvermerk ausgebracht, um die erforderliche Flexibilität in der Anlaufphase des 1.000-Köpfe-Programms zu gewährleisten. Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft, welches einen wissenschaftlichen Beitrag zur Verknüpfung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen leistet, wird bis zum Jahr 2029 mit insgesamt 2 Mio. Euro unterstützt. Zur Stärkung der Grundlagenforschung im Bereich Long Covid bzw. ME/CFS wurden zusätzliche 2 Mio. Euro aufgebracht.

Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg)

Der Etat des BMVg bildet die notwendige finanzielle Grundlage für die Umsetzung wichtiger Rüstungsvorhaben und hat diesbezüglich im Zuge der parlamentarischen Beratungen bei diversen Titeln Verstärkungen erfahren. So wurden bis zum Jahr 2037 insgesamt weitere Mittel im Umfang von rund 2,8 Mrd. Euro für die Entwicklung und Beschaffung des Waffensystems Eurofighter, für das Vorhaben Schwimmschnellbrücke, für die Beschaffung von Schiffen, Radpanzern, Kampffahrzeugen, für Betreiber- und Vorhaltechartermodelle eingestellt. Zudem sind nun für Radpanzer weitere rund 860 Mio. Euro über das Jahr 2037 hinaus eingeplant. Für die Beschaffung von Munition wurden bis zum Jahr 2032 rund 570 Mio. Euro im Etat ausgewiesen. Gleichermaßen wurde das Bekleidungswesen bis zum

Jahr 2032 mit über 2 Mrd. Euro verstärkt. Durch diese Anpassungen wurde die Bundeswehr weiter umfassend für die Landes- und Bündnisverteidigung ertüchtigt und in die Lage versetzt, den Neuen Wehrdienst sukzessiv in die Wege zu leiten.

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Im Etat für den BKM wurde die Priorität auf die Stärkung des kulturellen Erbes gelegt. So wurden die Fördermittel für national und international bedeutsame Vorhaben, insbesondere zur kulturellen Integration, Kooperation und Innovation um mehr als 6 Mio. Euro aufgestockt. Dies dient auch zur Stärkung des Bundeskulturförderfonds. Zusätzlich wurden für das sogenannte Denkmalschutz-Sonderprogramm XIV neue Mittel in Höhe von 35 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um dringend notwendige Sanierungen historischer Bauten im ganzen Land zu ermöglichen. Auch der Ansatz für die Digitalisierung des deutschen Filmerbes erfuhr einen Aufwuchs um mehr als 1 Mio. Euro. Dies gewährleistet, dass dieses wertvolle kulturelle Gut dauerhaft, auch für zukünftige Generationen, erhalten bleibt. Die Ausbringung einer neuen Programmscheibe für das sog. KulturInvest-Programm im Umfang von 200 Mio. Euro leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des kulturellen Erbes und schafft Planungssicherheit für große Investitionen in die kulturelle Infrastruktur. Der Beitrag an die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die eine der bedeutendsten Kulturinstitutionen in Europa ist, wurde um mehr als 20 Mio. Euro angehoben. Knapp 2 Mio. Euro erhält die Deutsche Nationalbibliothek zusätzlich, um ihre Metadaten- und Medienobjekte-Infrastruktur zu erneuern.

Daneben wurden die Mittel für informationspolitische Einrichtungen bis zum Jahr 2030 um mehr als 5 Mio. Euro aufgestockt. Zusätzlich wurden auch die Zuschüsse für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater bis zum Jahr 2029 um knapp 3 Mio. Euro angehoben. Auch für die

Initiative Musik wird es bis zum Jahr 2027 rund 1,7 Mio. Euro mehr geben. Ebenso wurden die Ansätze für die Kulturelle Vermittlung, für Einrichtungen und gezielte kulturelle Projektförderungen, wie z.B. die Kulturstiftung der Vertriebenen, Investitionen in Gedenkstätten um insgesamt fast 1 Mio. Euro angehoben. Das Bundesarchiv erhält 3 Mio. Euro mehr für Liegenschaftsmaßnahmen und IT.

Sportmilliarde

Ein besonderes Signal setzt der Haushalt auch im Bereich Sport. Mit der neuen Titelgruppe für Investitionen in die Sportinfrastruktur wird die im Koalitionsvertrag verankerte „Sportmilliarde“ umgesetzt. Damit sichern wir die Förderung moderner Sportstätten und schaffen Planungssicherheit für Länder und Kommunen. Der Haushaltsausschuss hat zudem festgelegt, dass bei Programmen aus dieser neuen Titelgruppe ein vereinfachtes Zuwendungsverfahren gilt. Die dafür notwendigen gesetzlichen Anpassungen sind bereits Teil des Haushaltsgesetzes. Konkret stehen für die Sanierung kommunaler Sportstätten 333 Millionen Euro bis 2028 bereit. Ein erster Projektauftrag ist kürzlich gestartet, damit die Mittel zügig bei den Vereinen und Kommunen ankommen, die sie dringend benötigen. Meine Pressemitteilung zur Ankündigung des Förderprogramms habe ich im Anhang beigefügt. Über weitere Förderaufrufe werde ich Sie rechtzeitig über die bekannten Kanäle, Pressemitteilungen, meine Homepage und die sozialen Medien informieren. Falls Sie mir dort noch nicht folgen, lade ich Sie herzlich ein, dies zu tun. Auf Instagram und Facebook finden Sie stets aktuelle Informationen. Die direkten Links dazu stehen im Impressum dieses Newsletters.

Ein Überblick über den gesamten Haushalt 2025 findet sich auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums, den passenden Link dazu habe ich Ihnen hier beigefügt:

www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html

Ausblick

Mit dem Haushalt 2025 haben wir vorgelegt, jetzt gilt es Kurs zu halten und für Beständigkeit zu sorgen – für ein sicheres, freies und starkes Deutschland. Eines muss uns allen bewusst sein: In Zukunft wird nicht mehr jeder Wunsch erfüllt werden können. Nichts mehr „on top“. Jeder Euro muss gegenfinanziert sein. Wir müssen genau hinschauen, wo das Geld herkommt und wofür es ausgegeben wird. Bei der Schuldenbremse werden wir genau hinsehen. Ja, die Schuldenbremse kennt Ausnahmen für Verteidigung, Zivilschutz und Nachrichtendienste, doch jeder Euro Kreditaufnahme braucht parlamentarische Kontrolle und Effizienz. Politik darf sich nicht darauf beschränken, Geld bereitzustellen. Entscheidend ist, dass wir klare Ziele setzen, Ergebnisse überprüfen und notfalls nachsteuern.

Herzlichst Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

www.facebook.com/klauspeter.willsch
www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin
Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de